Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8867**
14. Wahlperiode 24. 04. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/6083 –

Für eine Gemeinsame Europäische VN-Politik

A. Problem

Eine europäische VN-Politik aus einem Guss würde das politische Gewicht und Profil der EU in der internationalen Zusammenarbeit deutlich stärken. Auf die EU-Mitgliedstaaten entfallen 36,5 Prozent des regulären VN-Haushaltes, 38,6 Prozent der Beiträge zu friedenserhaltenden Operationen der VN sowie beinahe 60 Prozent des VN-Entwicklungsetats. Die EU-Mitglieder stellen zudem mehr als ein Drittel des VN-Personals für friedenserhaltende Operationen.

Bereits jetzt bemühen sich die EU-Mitgliedstaaten um ein koordiniertes Vorgehen in den Gremien und Unterorganisationen der VN.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich auf europäischer Ebene für eine kohärente VN-Politik der Europäischen Union einzusetzen, damit die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in den Vereinten Nationen ein schärferes und einheitlicheres Profil erhält.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6083 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/6083 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2002

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Christoph Moosbauer
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Rita Grießhaber
Berichterstatterin

Dr. Helmut Haussmann
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Christoph Moosbauer, Karl Lamers, Rita Grießhaber, Dr. Helmut Haussmann und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/6083 in seiner 177. Sitzung am 22. Juni 2001 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend, an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner 77. Sitzung am 25. September 2001 den Antrag zur gutachtlichen Stellungnahme an den Unterausschuss Vereinte Nationen überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Fraktion der PDS die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS die Ablehnung.

Der **Unterausschuss Vereinte Nationen des Auswärtigen Ausschusses** hat den Antrag in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS die Ablehnung.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 20. März 2002 beraten. Er empfiehlt unter Berücksichtigung der gutachtlichen Stellungnahme des Unterausschusses Vereinte Nationen mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung.

Berlin, den 20. März 2002

Christoph Moosbauer
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Rita Grießhaber
Berichterstatterin

Dr. Helmut Haussmann
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333